

Drohende Demoralisierung der Zivilgesellschaft

Aljaksandr Adamjanz, Minsk

Die Ergebnisse des EU-Gipfels haben aus meiner Sicht für Belarus nichts Konkretes ergeben. Das zentrale Ereignis ist das Scheitern des Assoziationsabkommens mit der Ukraine, das eine große Niederlage der EU-Diplomatie darstellt. Viele Experten vertreten die Ansicht, dass mit der Annäherung der Ukraine an Russland das Interesse der russischen Führung an Belarus nachlasse, bzw. umgekehrt, dass das Interesse an Belarus nur so lange hoch bleibt, wie die Annäherung der Ukraine an Russland noch eine offene Frage ist. Daraus wird gefolgert, dass die Rückkehr der Ukraine in die russische Einflussphäre für die Demokratisierung von Belarus von Vorteil sei. Diese Annahme, die sich vielfach in den Medien lesen lässt, greift meines Erachtens jedoch zu kurz.

Meiner Einschätzung nach hat der Misserfolg der EU, die Ukraine eng an die Europäische Union zu binden, vorrangig negative Auswirkungen für Belarus. Denn das Scheitern der europäischen Integration der Ukraine stellt einen Demoralisierungsschub für die demokratischen Kräfte in Belarus dar, während die Unterzeichnung des Assoziationsabkommens der belarussischen Zivilgesellschaft einen starken moralischen Impuls gegeben hätte. Letzteres gilt auch für alle anderen Länder

der Östlichen Partnerschaft und für Russland. Kurzfristig hätten die politischen Führungen in den autoritären Nachbarstaaten in Reaktion auf die ukrainische EU-Annäherung sicher die Daumenschrauben angezogen und den Druck auf die zivilgesellschaftlichen Organisationen verstärkt. Dennoch hätte sich die Situation in den Ländern der Östlichen Partnerschaft grundlegend verändert und die autoritären Regime wären mittelfristig geschwächt worden. Angesichts der sich verschlechternden wirtschaftlichen Situation in Russland, die sich auch auf Belarus auswirkt, hätte der endgültige Verlust der Ukraine für den Kreml einen harten Schlag bedeutet, von dem er sich nicht mehr richtig erholt hätte.

Die EU konnte den Erfolg des Assoziationsabkommens nicht sichern, weil ihre Politik der enormen Bedeutung der Ukraine für die Ostpolitik der Union sowie für den gesamten postsowjetischen Raum nicht gerecht wurde. Ebenso wurden die russischen Einflussmöglichkeiten unterschätzt. Die EU-Politik müsste daher proaktiver sein und über ein besser ausgestattetes finanzielles Fundament verfügen. In der Realität werden für die Initiative »Östliche Partnerschaft« nur geringe Finanzmittel zur Verfügung gestellt, die keinen signifikanten Anreiz darstellen können.

Über den Autor:

Aljaksandr Adamjanz ist Direktor des Zentrums für europäische Studien in Minsk (<<http://eurocenter.by>>).

Lesetipp:

Aljaksandr Adamjanz: Polemika. Konserwatiwnaja rewoljuzija: rywok v proschloe [Polemik. Die konservative Revolution als Sprung in die Vergangenheit], 14.03.2013, <http://naviny.by/rubrics/opinion/2013/03/14/ic_articles_410_181125/>

Die ukrainische Krise als Ausdruck des Scheiterns der EU-Außenpolitik

Andrej Kasakewitsch, Minsk

Der Gipfel in Vilnius hat das Scheitern der EU-Außenpolitik und der Initiative »Östliche Partnerschaft« in der Zielregion offensichtlich gemacht. In den Monaten vor dem Gipfel waren die meisten Experten und Politiker davon überzeugt, dass beim Gipfel eine Unterzeichnung des Assoziationsabkommens mit der Ukraine erfolgen wird. Doch die Position der Ukraine hat sich verändert, und die europäischen Strukturen haben sich sowohl als unfähig erwiesen dies vorherzusehen als auch auf diesen Prozess Einfluss zu nehmen.

Konsequenzen für Belarus

Wie sich der ukrainische Faktor auf Belarus auswirkt, kann derzeit noch nicht endgültig eingeschätzt werden, da sich die Situation in der Ukraine ständig verändert und vieles davon abhängt, wie die innenpolitische Krise in der Ukraine gelöst wird – wobei die EU hier faktisch als Vermittler fungiert. Aus verschiedenen wirtschaftlichen Gründen wäre die Unterzeichnung des Abkommens durch die Ukraine für Belarus nicht von Vorteil gewesen. Mit hoher Wahrscheinlichkeit hätte die belarussische Volkswirtschaft einige Absatzmärkte verloren

und in einigen Branchen, wie im Internationalen Logistik-Bereich, an Konkurrenzfähigkeit eingebüßt. Diese Probleme entfallen nun. Hingegen kann die Einbeziehung der Ukraine in das »eurasische« Integrationsprojekt in der jetzigen Situation für Belarus praktische Vorteile bringen, da sich hierdurch der Handlungsspielraum für die eigene Interessenvertretung in Moskau vergrößert.

In strategischer Hinsicht dürfte der Effekt jedoch ein negativer sein. Denn die Ukraine wird einen beträchtlichen Teil der Aufmerksamkeit und der finanziellen Ressourcen binden, wodurch sich automatisch die Bedeutung von Belarus für Russland verringern wird. Als Folge hiervon dürften sich die Beziehungen zwischen Belarus und Russland weiter verschlechtern. Aber es muss nochmals betont werden, dass die weitere Entwicklung von dem Ausgang der Ereignisse in der Ukraine abhängt.

Wirtschaftsfragen als Schlüssel

Mit dem Angebot von Außenminister Makej, mit der EU Verhandlungen über ein Visaerleichterungsabkommen aufzunehmen, hat Belarus beim EU-Gipfel in Vilnius die Bereitschaft zu einem begrenzten Dialog mit

der Europäischen Union demonstriert. Dieses Verhalten ist nichts grundsätzlich Neues oder Unerwartetes. Zudem war diese Frage nur ein Randthema auf dem Gipfel. Angesichts der anhaltenden globalen Wirtschaftskrise müssen insgesamt die wirtschaftlichen Komponenten der Initiative gestärkt werden, um die Effektivität der Initiative »Östliche Partnerschaft« zu verbessern. Gleichzeitig muss die EU der politischen Situation in der Gesamtregion mehr Aufmerksamkeit widmen, insbesondere dem Einfluss Russlands und anderer großer Staaten.

Der multilaterale Ansatz kann die Entwicklung von bilateralen Beziehungen mit einzelnen Staaten nicht ersetzen, sondern ihnen nur eine zusätzliche Dimension geben. Es wäre ein Fehler, Russland als dritten Akteur in die Beziehungen zwischen der EU und den Ländern der Region einzubeziehen – vor allem weil Russland sein eigenes Integrationsprojekt in Gestalt der Zollunion als Gegengewicht zur EU verfolgt. Dieses Projekt ist vor allem politisch motiviert, so dass die EU im Falle der Einbeziehung Russlands ihre Politik gegenüber den östlichen Nachbarstaaten von den politischen Ambitionen und Interessen Russlands abhängig machen würde.

Über den Autor:

Andrej Kasakewitsch, Politikwissenschaftler, ist Direktor des Instituts für politische Studien in Minsk und Herausgeber der politikwissenschaftlichen Zeitschrift »Polititscheskaja sfera« (<www.palityka.org>).

Lesetipp:

»Andrej Kasakewitsch: Nelsja skasat chto Belarus idjot swoim putjom« [Andrej Kasakewitsch: Es ist nicht korrekt zu sagen, dass Belarus seinen eigenen Weg geht], in: Swobodnye nowosti-pljus, 9.9.2013, <<http://www.sn-plus.com/ru/page/mainevents/3249/>>

Zunehmende Integrationskonkurrenz zwischen Brüssel und Moskau als Chance für Belarus?

Walerij Karbalewitsch, Minsk

Gemischte Bilanz

Der EU-Gipfel in Vilnius ist insgesamt erfolgreich erlaufen, doch sind die Probleme unübersehbar. Von den vier Staaten, mit denen die Integration vertieft werden sollte, haben nur Georgien und Moldowa die ausgehandelten Assoziationsabkommen paraphrasiert. Armenien erklärte hingegen bereits im September – nach einem Gespräch seines Staatsoberhauptes mit dem russischen Präsidenten –, dass es der Zollunion beitreten wolle. Kurz vor dem Gipfel veränderte auch der ukrainische Präsident nach einem Besuch in Moskau seine Position. Dabei ist die ukrainische Entscheidung von größerer Tragweite. Die Entscheidung von Präsident Viktor Janukowitsch hat ein solches politisches Erdbeben

im Lande ausgelöst, dass er wahrscheinlich selbst nicht mehr froh ist über seinen Schritt.

Russland hat selbstverständlich alle erdenklichen Hebel benutzt, um die Ukraine Richtung Osten zu wenden. Doch warum verfügte Moskau über mehr Einflussmöglichkeiten als Brüssel? Die Initiative »Östliche Partnerschaft«, die 2009 aufgelegt wurde, setzt auf die gleiche Logik, welche die EU bereits in ihrer Erweiterungspolitik angewandt hat und die sich in der Formel »more for more« ausdrückt. D. h. je tiefgreifender politische und wirtschaftliche Reformen zur Umsetzung europäischer Standards von den postsowjetischen Staaten durchgeführt werden, desto intensiver soll die Unterstützung von Seiten der Europäischen Union ausfallen.